

## **Klima in Senden nicht in Not- was für ein Glück**

Was für ein Glück ist es doch, dass der Klimawandel unsere Gemeinde verschont, so dass keine Konsequenzen aus verfehlter Klimapolitik gezogen werden müssen! Am letzten Dienstag brachten die Grünen im Umweltausschuss einen Antrag zur Ausrufung des Klimanotstands in Senden ein.

Und nein, nicht nur ein symbolischer Akt sollte es sein, Verwaltung und Politik wurden aufgefordert, zu jeder politischen Maßnahme die Klimaschädigung derselben zu hinterfragen. Es sollte endlich gehandelt werden und keine Lippenbekenntnisse geben. Erfreut waren die Grünen über das Plädoyer des Bürgermeisters, der diese Resolution voll unterstützte: „die bisherigen Maßnahmen, auch die unserer Gemeinde, reichen bei Weitem nicht aus, das Pariser Klimaziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad zu erreichen. Man bräuchte eine Verhaltensänderung, eine Bewusstseinsänderung. Diese Resolution könne dazu beitragen, mehr Akzeptanz in der Bevölkerung beispielsweise für das sehr umstrittene Thema der Windkraft zu bekommen.“ Einzig in der Wortwahl sah er Nachbesserungsbedarf.

Ganz anders wurde dieser Antrag jedoch bei ALLEN anderen politischen Fraktionen gesehen. „Klima sei wichtig, habe aber keine absolute Priorität“, so ein Vertreter der CDU, „man wolle sich keinem Fundamentalismus unterwerfen.“ Die SPD störte sich vor allem an dem Begriff des Notstandes. Auch dass die Verwaltung jede Maßnahme klimatechnisch bewerten solle, lehnte sie ab.

Die FDP äußerte, dass man hier in Senden bereits Vorbild sei und so viele tolle klimafreundliche Dinge tue, hier sehe man keine Notwendigkeit. Auch die UWG lehnte diese Resolution ab, „mit positiven Worten könne man mehr Leute begeistern“.

Es wurde seitens der anderen Fraktionen vorgeschlagen, weitere Treffen mit verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen zu veranstalten und weiter über das Thema zu diskutieren...

„Wir Grünen“, so Helmut Hillringhaus, „sind der Auffassung, dass es nicht reicht, schöne Floskeln zu schwingen; man muss als Politik und Verwaltung tatsächlich auch handeln, selbst wenn es Personal und Kapital bindet“.

Auch Rolf Wiederkehr bestätigt: „Wie sollen wir denn der nächsten Generation unter die Augen schauen und rechtfertigen, dass wir immerhin schöne aufmunternde Worte gegen den Klimawandel gefunden haben, uns aber nicht zu Handlungen verpflichten wollten?“ Letztlich wurde diese Resolution von allen anderen Parteien abgeschmettert.

„Wir sind sehr enttäuscht, dass eine große Chance für Senden vertan wurde. Weiteres Reden wird uns hier nicht weiterbringen“ so Sandra Maaß.